

04.06.2024

Antrag

der Fraktion der SPD

Hitzeschutz gleich Arbeitsschutz: Klimagesundheit für berufstätige Familien.

I. Ausgangslage

Wer in NRW arbeitet, darf sich keine Sorgen um seine Gesundheit machen. Wer in NRW eine Familie versorgt, darf sich keine Sorgen um ihre Gesundheit machen. Und wer in NRW arbeitet, muss den dafür angemessenen Respekt erfahren. Ein gutes Klima und Respekt für gesunde Arbeit gehören dabei zusammen und nicht voneinander getrennt.

Die Klimakrise wird auch in den kommenden Sommermonaten sehr wahrscheinlich wieder zu extremen Wetterereignissen führen. Nicht zuletzt im Saarland hat die Flut erneut verdeutlicht, welche Folgen die Klimakrise mit sich zieht. Neben Flutkatastrophen werden in den nächsten Monaten vor allem Hitzewellen den Alltag der Menschen prägen.

Dabei sind Menschen vor allem auch auf der Arbeit durch extreme Hitze belastet. In vielen Büros gibt es keine Klimaanlage, harte körperliche Arbeit ist teilweise kaum mehr möglich, ältere Menschen und Menschen mit chronischen Erkrankungen können unter Umständen ihren Beruf nur eingeschränkt oder gar nicht mehr ausüben.

Unter der extremen Hitze leiden dabei vor allem die Familien. Väter und Mütter gehen unter extremen Bedingungen arbeiten und müssen sich nicht selten um die (Klima-)Gesundheit ihrer Familie kümmern. Kinder und ihre Eltern müssen so beispielsweise ausreichend vor UV-Strahlung und vor Hitzschlägen geschützt werden. Hier muss es endlich Lösungen geben, die die extremen Hitzewellen in den Sommermonaten für alle erträglicher machen.

Gerade die UV-Strahlung führt zu erheblichen Gesundheitsrisiken. Das ZDF berichtet aktuell über 75 Prozent mehr Hautkrebsfälle seit dem Jahr 2002 bis einschließlich 2022. Laut Deutscher Krebsgesellschaft ist übermäßige UV-Strahlung einer der wichtigsten Risikofaktoren für die Entstehung von Hautkrebs.¹ Das zeigt: Es muss jetzt mehr getan werden, um alle Menschen vor der Klimakrise zu schützen.

In den kommenden Monaten wird es höchstwahrscheinlich wie auch in den Vorjahren zu extremen Wetterereignissen in NRW kommen; sehr wahrscheinlich auch Hitzewellen. Man kennt die Risiken und Probleme und man weiß, was gemacht werden kann, um die Folgen zumindest teilweise abzumildern. Die Landesregierung ist jetzt am Zug, Maßnahmen zu ergreifen, die die kommenden Monate für die berufstätigen Menschen in NRW besser zu machen.

¹ <https://www.zdf.de/nachrichten/wissen/hautkrebs-deutlicher-anstieg-100.html>

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach hat vorgemacht, wie es geht: Gemeinsam mit Partnerinnen und Partnern wie der Bundesärztekammer wurden jetzt Empfehlungen für den Hitzeschutz in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen vorgelegt.² Hier muss NRW eine schnelle Umsetzung unterstützen und eigene Maßnahmen zum Hitzeschutz vorlegen.

II. Der Landtag stellt fest, dass

- die Menschen in NRW zurzeit unzureichend vor extremen Wetterereignissen geschützt sind,
- in den kommenden Monaten höchstwahrscheinlich extreme Wetterereignisse, darunter insbesondere Hitzewellen, auftreten werden,
- jetzt Maßnahmen ergriffen werden müssen, um den extremen Wetterereignissen vorzubeugen und die Klimagesundheit der Menschen zu stärken,
- ein gemeinsamer Weg unter Einbezug aller Akteurinnen und Akteure wie beispielsweise der Pflegekammer, den Ärztekammern, Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften zum Hitzeschutz notwendig ist.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

- den vorgestellten Musterhitzeschutzplan für Krankenhäuser und Pflegeheime des Bundesministeriums für Gesundheit in NRW zu unterstützen und eine Umsetzung schnell und unkompliziert nach regionalen Anforderungen möglich zu machen.
- alle künftigen Gesetze im Sinne der Auswirkungen auf die nachhaltige Entwicklung auf die Ziele der Klimaanpassung, -schutz und -vorsorge sowie fairen Arbeitsbedingungen (beispielsweise Empfehlungen des BMG: Raumpläne, die von Hitze betroffene Räume darstellen und Kühlzonen aufzeigen, die Anschaffung von Kühlmitteln wie Kühlwesten für das Personal, verbesserte Regelungen zur Pausengestaltung) zu überprüfen.
- in Zusammenarbeit mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretenden Handlungsempfehlungen für spezifische Arbeitsschutzmaßnahmen im Gesundheitswesen in NRW, beispielsweise bei Hitze- und Kältewellen, Extremwetterereignissen zu erstellen.
- in Zusammenarbeit mit den anderen Bundesländern und der Bundesregierung zu prüfen, ob ein staatlich-organisiertes Hautkrebsscreening möglich ist. Dazu müssen alle Akteurinnen und Akteure an einen Tisch geholt werden. Insbesondere Unternehmen sollen dabei motiviert werden, sich an entsprechenden Hautkrebsscreening-Kampagnen für ihre Beschäftigten im Rahmen der arbeitsmedizinischen Vorsorge zu beteiligen.
- dafür zu sorgen, dass Alarmpläne für Krankenhäuser, Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen sowie deren regelmäßige Übung verpflichtend gemacht werden – auch grenzüberschreitend, insbesondere bei Extremwetter-Szenarien.

² <https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/151618/Politik-stellt-Hitzeschutzplaene-fuer-Krankenhaeuser-und-Pflegeheime-vor>

- zur Verbesserung der Arbeitssicherheit insbesondere den UV- und Hitzeschutz in Krankenhäusern, Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen zu prüfen.
- eine mediale Kampagne zur Resilienz bei Extremwetterereignissen und sicheren Arbeitsbedingungen, insbesondere bei Hitze und erhöhter UV-Strahlung, zu initiieren.
- Berufsgenossenschaften an der Erarbeitung der oben genannten Maßnahmen zu beteiligen.
- gemeinsam mit den Ärzte-, Pflege-, Psychotherapeuten- und Apothekerkammern sowie Schulen für Spezialtherapeutinnen und Spezialtherapeuten verpflichtende Aus-, Weiter- und Fortbildungsmodulare zur Klimagesundheit und Arbeitssicherheit für die jeweiligen Berufsgruppen zu entwickeln.
- die Pflichtaufgabe „Klima“ in das Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst des Landes Nordrhein-Westfalen reinschreiben und das künftige Landesamt für Gesundheit und Arbeitssicherheit mit entsprechenden Mitteln auszustatten.
- „Klima“ als gesundheitsrelevanten Aspekt in die Fortschreibung des Psychiatrieplans NRW, mit aufzunehmen.
- dafür zu sorgen, dass die Lotsendienste der Frühen Hilfe insbesondere bei schwangeren Menschen und Eltern für die Neugeborenen und Kleinkinder Aspekte der gesundheitsrelevanten Klimabildung vermitteln und Klimagesundheitsaspekte in den lokalen Netzwerken kommunizieren.
- eine Studie in Auftrag zu geben, welche die klimaabhängige Entwicklung von übertragbaren, nicht-übertragbaren und arbeits-assoziierten Erkrankungen gemäß des Sachstandsberichts „Klimawandel und Gesundheit“ des Robert-Koch-Instituts in Nordrhein-Westfalen sowie deren Auswirkungen auf die Versorgung untersucht.
- laufend, mindestens halbjährlich, gegenüber dem Landtag über die Verausgabung von finanziellen Mitteln für Klimainvestitionen an Krankenhäusern, Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen in Nordrhein-Westfalen sowie über die Tarifbindung in den genannten Einrichtungen zu berichten.
- regelmäßig, jedoch mindestens halbjährlich, über den Fortschritt von Klimaschutzmaßnahmen in Einrichtungen der Wohlfahrtspflege und gemeinnützigen Vereinen sowie über klimarelevante Änderungen von betreffenden Gesetzen zur Investitionsförderung (z.B. Altenpflegegesetz) und ihren Auswirkungen zu informieren.
- die Investitionsmittel für Krankenhäuser ab dem Haushaltsjahr 2025 um weitere 2 Mrd. Euro sowie Investitionen in Pflegeschulen um weitere 10 Mio. Euro zu erhöhen und sicherzustellen, dass diese unter anderem in auskömmlichem Maße in Klima- und Arbeitsschutzmaßnahmen investiert werden.

Jochen Ott
Ina Blumenthal
Lisa-Kristin Kapteinat
Thorsten Klute
Lena Teschlade
Rodion Bakum

und Fraktion